

Dr. Alexander Honrath

Umfang und Grenzen der Freiheit des Kapitalverkehrs

Die Möglichkeiten zur Einführung einer
Devisenzwangsbewirtschaftung in der Europäischen Union

• Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	16
Einleitung	19
A. Der Begriff "Kapitalverkehr"	23
I. Die Definition des Kapitalverkehrs anhand der vom Rat erlassenen Richtlinien	24
1. Das Verhältnis der Art.73b ff. EGV zur Richtlinie 88/361 EWGV	24
2. Die Bedeutung des Kapitalverkehrskodices der Richtlinie 88/361 für die Begriffsbestimmung	26
II. Die Einschätzungsprärogative und Definitionsbefugnis des Rates	27
1. Die Einschätzungsprärogative	27
2. Die Definitionsbefugnis	29
3. Zwischenergebnis	29
III. Die Rechtsprechung zur Definition des Kapitalverkehrs	30
IV. Die Definition des Kapitalverkehrs in den zum Zeitpunkt der Gründung der Gemeinschaft gültigen völkerrechtlichen Verträgen	31
1. Die Bestimmungen der OEEC	31
a) OEEC Konvention von 1948	32
b) OEEC-Kodex zur Liberalisierung des Handels und der unsichtbaren Transaktionen	32
c) Kodex zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs	33
2. Das IWF-Abkommen	35
3. Die Europäische Zahlungsunion und das Europäische Währungs- abkommen	37
4. Zusammenfassung	38
5. Die Übernahme der Nomenklatur des Kapitalverkehrs der OECD ins Gemeinschaftsrecht?	39
V. Die Literatur zur Definition des Kapitalverkehrs	39
VI. Zwischenergebnis	41
Vn. Zahlungen im Bereich des Kapitalverkehrs	42
1. Kapitalsumme	43
2. Einmalige Zahlungen im Zusammenhang mit dem Kapitalverkehr	44
a) Das Verhältnis des Kapitalverkehrs zum Zahlungsverkehr	45
b) Die Einordnung der einmaligen Zahlungen	47
3. Laufende Zahlungen im Zusammenhang mit dem Kapitalverkehr	47
a) Die Einordnung der laufenden Zahlungen	47
b) Auswirkungen auf die Definition des Kapitalverkehrs	49
VIII. Ergebnis	49

B. Die Entwicklung der Liberalisierung des Kapitalverkehrs unter Berücksichtigung ihrer wirtschaftspolitischen Ursachen	51
I. Der Liberalisierungsstand zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Römischen Verträge	51
1. Der Liberalisierungsstand in den Gründungsstaaten der EWG	52
2. Die Verpflichtung der Römischen Verträge	53
II. Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs bis Mitte der achtziger Jahre	54
1. Die ersten beiden Kapitalverkehrsrichtlinien	54
2. Stagnation und Rückschritte	55
3. Wirtschaftspolitische Ursachen	56
III. Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs durch die Richtlinie 88/361	59
IV. Die Fortführung der Liberalisierung durch den Unionsvertrag	62
C. Die Möglichkeit der Einführung von Kapitalverkehrsrestriktionen im innergemeinschaftlichen Verkehr	63
I. Der Umfang des Liberalisierungsgebotes des Art. 73b Abs. 1 Gemeinschaftsvertrag	64
1. Bestimmung einer Grundformel	64
2. Die direkte Anwendbarkeit der Kapitalverkehrsbestimmung des Art.73b EGV und die Begünstigten	69
3. Die Beschränkung der Grundfreiheit	69
a) Sonderbestimmungen im Gemeinschaftsvertrag	70
b) Einschränkungen durch zwingende Erfordernisse	71
aa) Das Veronica Urteil	71
bb) Einordnung der Einschränkung	74
c) Auswirkungen der Keck-Rechtsprechung auf die Kapitalverkehrsfreiheit	75
II. Die Einschränkung der Kapitalverkehrsfreiheit durch Art. 73d Gemeinschaftsvertrag	77
1. Der Numerus Clausus des Art.73d EGV	77
2. Die Beschränkung des Art. 73d EGV auf Tatbestände nicht-wirtschaftlicher Art	78
3. Die nach Art. 73d EGV zulässigen Einschränkungen des Kapitalverkehrs	80
a) Die Zulässigkeit einer Einschränkung des Kapitalverkehrs durch unterschiedliche nationale Besteuerungen	80
aa) Umfang und Befristung	80
bb) Einschränkungen durch das Verbot einer willkürlichen Diskriminierung und das Verbot einer verschleierte Beschränkung	85
aaa) Das Verbot einer willkürlichen Diskriminierung	85
bbb) Verbot einer verschleierte Beschränkung	89

ccc) Die Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes in Art. 73d Abs. 3 EGV	90
b) Die Zulässigkeit einer Einschränkung des Kapitalverkehrs durch die unerläßlichen Maßnahmen zur Verhinderung von Zuwiderhandlungen gegen die innerstaatlichen Rechts- und Verwahrungsvorschriften	92
aa) Steuerrecht	93
bb) Finanzinstitute	94
cc) Sonstige Bestimmungen	96
dd) Die Zulässigkeit der Einführung von Genehmigungspflichten durch Art. 73d Abs. 1b Gemeinschaftsvertrag	97
c) Die Zulässigkeit von Meldeverfahren zwecks administrativer oder statistischer Information	99
d) Die Zulässigkeit von Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gerechtfertigt sind	99
aa) Öffentliche Ordnung	100
bb) Öffentliche Sicherheit	101
cc) Einschränkungen	101
e) Die Vereinbarkeit von Steuerfahndungen nach Einkünften aus Kapitalvermögen mit den Bestimmungen über den freien Kapitalverkehr	103
4. Das Verhältnis des freien Kapitalverkehrs zu den anderen Grundfreiheiten	108
a) Niederlassungsfreiheit und Kapitalverkehr	108
b) Dienstleistungsfreiheit und Kapitalverkehr	111
c) Warenverkehrsfreiheit und Kapitalverkehr	114
d) Die Vereinbarkeit der Begleitmaßnahmen zur Schaffung eines europäischen Finanzraumes mit dem Kapitel über den Kapitalverkehr	114
5. Das Verhältnis der Währungspolitik zu den Bestimmungen des Kapitalverkehrs	119
III. Die bestehenden Ausnahmeregelungen des Kapitalverkehrs nach Art. 73e Gemeinschaftsvertrag	123
IV. Ergebnisse	124
1. Art. 73b EGV	124
2. Art. 73d EGV	125

D. Die Möglichkeiten der Einführung von Kapitalverkehrsrestriktionen gegenüber Drittstaaten 127

I. Das Liberalisierungsgebot des Art. 73b Abs. 1 EGV gegenüber den Drittstaaten	128
II. Die Einschränkung der Kapitalverkehrsfreiheit durch die nach Art. 73c EGV zulässigen nationalen oder gemeinschaftlichen Bestimmungen	130
1. Einschränkungen im Bereich der Direktinvestitionen	130

2. Einschränkungen im Bereich der Niederlassung	132
3. Einschränkungen im Bereich der Erbringung von Finanzdienstleistungen	134
4. Einschränkungen durch zulässige Beschränkungen bezüglich der Zulassung von Wertpapieren zu den Kapitalmärkten	135
a) Investmentzertifikate	135
b) Das Verhältnis der Finanzdienstleistungen zu der Zulassung von Wertpapieren zu den Kapitalmärkten	136
5. Systematik und Grenzen der Anwendung von Art. 73c Gemeinschaftsvertrag	137
III. Die Einschränkungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten nach Art. 73d EGV	140
IV. Die Ausnahmeregelung des Art. 73e EGV im Verhältnis zu den Drittstaaten	142
E. Die Einschränkungen des Kapitalverkehrs durch die Anwendung von Schutzklauseln	144
I. Die Schutzklauseln im Gemeinschaftsvertrag	144
II. Änderungen bei den Schutzklauseln des Kapital- und Zahlungsverkehrs im Gemeinschaftsvertrag und ihre Ursachen	145
III. Die Schutzklausel und das Verfahren des Art. 109h, sowie das System des finanziellen Beistandes des Art. 103a Abs. 2 Gemeinschaftsvertrag	148
1. Voraussetzungen für die Einleitung des Verfahrens des Art. 109h Gemeinschaftsvertrag	150
a) Schwierigkeiten der Zahlungsbilanz	150
b) Gefährdung des Funktionierens des Gemeinsamen Marktes oder der schrittweisen Verwirklichung der gemeinsamen Handelspolitik	152
2. Die erste Stufe des Verfahrens nach Art. 109h Abs. 1 S.1 Gemeinschaftsvertrag und die hiernach möglichen eigenständigen Maßnahmen	154
a) Voraussetzungen für die Einleitung des Verfahrens	154
b) Zulässige Maßnahmen der ersten Stufe	154
3. Das System des gegenseitigen Beistandes als zweite Stufe des Verfahrens nach Art. 109h Gemeinschaftsvertrag sowie der finanzielle Beistand nach Art. 103a Gemeinschaftsvertrag	156
a) Voraussetzungen für die Einleitung des Verfahrens der zweiten Stufe des Art. 109h Gemeinschaftsvertrag	156
b) Das Verfahren der zweiten Stufe	158
c) Zulässige Maßnahmen des gegenseitigen Beistandes	159
aa) Abgestimmtes Vorgehen bei internationalen Organisationen	159
bb) Maßnahmen zur Vermeidung von Verkehrsverlagerungen	159
cc) Einräumung von Kreditfazilitäten	160
dd) Sonstige Möglichkeiten	162

d) Voraussetzungen und Verfahren des Systems des finanziellen Beistandes des Art. 103a Abs. 2 Gemeinschaftsvertrag	164
aa) Voraussetzungen	164
bb) Verfahren	169
cc) Zulässige Maßnahmen des gegenseitigen finanziellen Beistandes des Art. 103a Abs. 2 EGV	170
4. Die dritte Stufe des Verfahrens des Art. 109h EGV, die Schutzklausel des Art. 109h Abs. 3 EGV	172
a) Voraussetzungen	172
b) Der Ablauf des Verfahrens	177
c) Eingriffsmöglichkeiten des Rates	179
d) Die möglichen Schutzmaßnahmen	179
aa) Der Umfang der Abweichungsmöglichkeiten von den Vertragsbestimmungen	179
bb) Schranken in der Abweichung	181
aaa) Weiterentwicklung der Ansätze der Rechtsprechung und Literatur	181
bbb) Die Anwendungspraxis der Kommission	184
ccc) Ergebnis	186
IV. Die Schutzklausel und das Verfahren des Art. 109i Gemeinschaftsvertrag	187
1. Voraussetzungen für die Anwendung der Schutzklausel	187
a) Plötzliche Zahlungsbilanzkrise	188
b) Fehlen einer unverzüglichen Entscheidung	190
2. Zulässige Schutzmaßnahmen	193
3. Informationspflicht	196
4. Reaktionsmöglichkeiten von Kommission und Rat	196
a) Überleitung in das Gemeinschaftsverfahren	197
aa) Vorgehen der Kommission	197
bb) Folgen der Überleitung	199
b) Entscheidungsbefugnis des Rates	200
c) Zusammenfassung	202
V. Die Schutzklausel des Art. 73f Gemeinschaftsvertrag	203
1. Die Wirtschafts- und Währungsunion als Schutzobjekt des Art. 73f EGV	204
a) Die Entwicklung der WWU bis zum Vertrag von Maastricht	204
b) Der Schutzzumfang der zweiten Stufe	208
aa) Die Beeinflussung der nationalen Währungspolitik durch das Gemeinschaftsrecht	208
aaa) Die Einschränkungen durch das Primärrecht, insbesondere durch die Aufgaben des EWI	208

bbb) Die Einschränkung durch die Setzung von neuem Sekundärrecht oder durch Rechtsfortbildung	210
ccc) Die Einschränkung der nationalen Geldpolitik durch die Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	211
ddd) Die Einschränkung der nationalen Geldpolitik durch die gemeinschaftsrechtliche Verpflichtung zur Preisniveaustabilität	213
eee) Ergebnis	214
bb) Der Anwendungsbereich des Art. 73f EGV im Bereich der Währungspolitik	214
cc) Der Anwendungsbereich des Art. 73f EGV im Bereich der Wirtschaftspolitik	217
dd) Die Anwendung des Art. 73f EGV im Bereich des Gemeinsamen Marktes und der Gemeinsamen Handelspolitik	218
ee) Ergebnis	220
c) Der Schutzzumfang der dritten Stufe	220
2. Die Voraussetzungen des Art. 73f Gemeinschaftsvertrag	221
a) Schwerwiegende Störungen	222
aa) Störungen	222
bb) Schwere der Störungen	224
cc) Künftige Schwierigkeiten	225
dd) Schwierigkeiten aus nationaler oder gemeinschaftsrechtlicher Sicht	226
b) Außergewöhnliche Umstände	226
3. Das Verfahren des Art. 73f Gemeinschaftsvertrag	228
4. Verpflichtung von unbetroffenen Mitgliedstaaten	229
5. Die möglichen Schutzmaßnahmen	231
a) Der Umfang der Abweichungsmöglichkeiten von den Vertragsbestimmungen	231
b) Grenzen der Abweichung	231
6. Das Verhältnis des Art. 73f EGV zu Art. 109h und i EGV	235
F. Das Verhältnis der Bestimmungen des Kapitalverkehrs zu den Bestimmungen der OECD und des IWF	236
I. Die Bindung der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten an die Bestimmungen des OECD-Kapitalverkehrskodexes	236
II. Die Einschränkungen des Gemeinschaftsrechtes durch die Bestimmungen des OECD-Kodexes	238
III. Lösungsansätze	240
G. Der innergemeinschaftliche Kapitalverkehr im Verhältnis zu dem Kapitalverkehr gegenüber den Drittstaaten	244

H. Zusammenfassung der wichtigsten Thesen	246
I. Anhang	255
I. Richtlinie 88/361	256
II. OECD-Kapitalverkehrskodex	270
J. Literaturverzeichnis	283